

Dr. Doeblin
Gesellschaft für
Wirtschaftsforschung mbH

5. Juli 2018

Snippet 18/02

Umfragen in der Bevölkerung und bei Wirtschaftsjournalisten

Bürger-Distanz zu USA: Nur Minderheit schätzt wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit

US-Regierung gilt als Hauptschuldige für Handelsprobleme – aber Mehrheit sieht immerhin Mitschuld bei Bundesregierung / Wirtschaftsjournalisten beurteilen Zusammenarbeit mit den USA positiver

(Tabellarische Darstellung der Umfrageergebnisse und Technische Erläuterungen: Siehe unten)

Nur jeder vierte Bundesbürger wünscht sich eine enge Kooperation mit den USA aufgrund gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen. Sogar nur 13 % halten die USA als Schutzmacht für Europa für unverzichtbar. Immerhin 20 % sehen in Russland im Vergleich zu den USA den berechenbareren und verlässlicheren Partner. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doeblin Ende Juni 2018.

Das Institut fragte auch nach der Schuld für den aktuellen Streit über den gegenseitigen Handel. Rund ein Viertel der Bundesbürger sieht die Schuld allein bei der US-Regierung, ein weiteres Viertel sieht die Hauptschuld bei der US-Regierung, aber eine kleinere Schuld auch bei der Bundesregierung. Ebenfalls ein Viertel platziert die Schuld gleichmäßig auf die Schultern der amerikanischen und der deutschen Regierung. 7 % sieht die Hauptschuld oder sogar die alleinige Schuld bei der Bundesregierung. Der Rest der Befragten kann sich nicht festlegen.

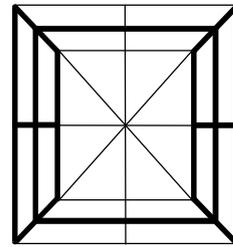
Wirtschaftsjournalisten mit höherer Wertschätzung für die USA

Eine parallel durchgeführte Befragung bei Wirtschaftsjournalisten belegt ein positiveres Urteil über die Zusammenarbeit mit den USA als in der Bevölkerung. Vier von fünf Wirtschaftsjournalisten halten eine enge Kooperation mit den USA wegen der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für notwendig. Knapp 40 % möchten nicht auf die USA als Schutzmacht Europas verzichten. Ein Viertel der Wirtschaftsjournalisten hält die US-Regierung für den Alleinschuldigen im Handelsstreit, aber immerhin die Hälfte meint, die Bundesregierung trage auch einen kleineren Teil der Schuld. Jeder fünfte Wirtschaftsjournalist sieht die Schuld zu gleichen Teilen bei der US-Regierung und der Bundesregierung.

Studienleiter Prof. Dr. Jürgen Doeblin: „Vielleicht weist der durch den US-Botschafter Richard Grenell übermittelte Vorschlag eines gegenseitigen Kompletterzichts auf Auto-Zölle einen Weg aus der verhärteten Frontstellung. Eine Einigung mit den USA im Handelsstreit öffnet sicher auch die Tür für eine freundlichere Wahrnehmung der USA in der deutschen Öffentlichkeit.“

Geschäftsführer: Prof. Dr. Jürgen Doeblin
Amtsgericht Charlottenburg (Berlin) HRB 156417 B
St.-Nr. 29/535/01944
Bankverbindung:
Vereinigte Raiffeisenbanken
IBAN: DE82770694610006448046
BIC: GENODEF1GBF

10557 Berlin, Helgoländer Ufer 7 b
Tel. 030-58 856 710
doeblin@wp-online.de
<http://www.wp-online.de>



Tabellarische Darstellung der Umfrageergebnisse

Fragentext:

Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?

(Mehrfachangaben möglich)

	<i>Stimme zu</i>	
	<i>Alle Angaben in Prozent</i>	
	<i>Wirtschaftsjournalisten</i>	<i>Bevölkerung</i>
Mit den USA verbinden uns starke wirtschaftliche Interessen, daher bleibt eine enge Kooperation auch in Zukunft notwendig.	82	26
Die USA sind als Schutzmacht Europas unverzichtbar.	37	13
Russland ist im Vergleich zu den USA der berechenbarere und verlässlichere Partner.	10	20

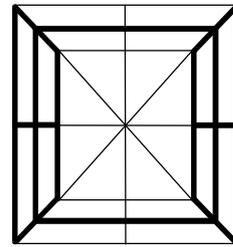
Fragentext:

Zwischen der deutschen Bundesregierung und der US-Regierung gibt es Streit über den gegenseitigen Handel. Wen trifft nach Ihrer Ansicht die Schuld für diesen Streit?

Bitte nur eine Nennung

	<i>Stimme zu</i>	
	<i>Alle Angaben in Prozent*</i>	
	<i>Wirtschaftsjournalisten</i>	<i>Bevölkerung</i>
Die US-Regierung ist alleine schuld – die Bundesregierung trifft keine Schuld.	23	23
Die US-Regierung ist der Hauptschuldige – die Bundesregierung trägt einen kleineren Teil der Schuld.	53	27
Die Bundesregierung und die US-Regierung trifft die Schuld zu gleichen Teilen.	20	26
Die Bundesregierung ist der Hauptschuldige – die US-Regierung trägt einen kleineren Teil der Schuld.	0	4
Die Bundesregierung ist alleine schuld – die US-Regierung trifft keine Schuld.	0	3
Weiß nicht	4	18

**Hinweis: Aufgrund von Auf- und Abrundungen sind Prozentsummen von ungleich Hundert möglich.*



Technische Erläuterungen

Zielgruppen der Befragung

Die Bevölkerungsumfrage wurde bei den Mitgliedern des Bevölkerungspanels von Research Now GmbH, Hamburg, realisiert. Um die soziodemografische Struktur der Stichprobe an die der Gesamtbevölkerung möglichst nahe anzupassen, wurden für die Merkmale Alter, Geschlecht, Region (Bundesland) und Bildungsstand entsprechende Quotenvorgaben bzw. Gewichtungen eingesetzt.

Wirtschaftsjournalisten bei Tages- und Wochenzeitungen, Wirtschaftsmagazinen, Fachzeitschriften, Illustrierten/Publikumszeitschriften, Presseagenturen, Funk- und Fernsehredaktionen, Online-Medien sowie freie Journalisten.

Stichprobengröße

Bevölkerung: 1004 Teilnehmer
Wirtschaftsjournalisten: 87 Teilnehmer

Methodik

Online-Umfragen

Zeitraum der Befragung

Bevölkerung: 19. bis 25. Juni 2018
Wirtschaftsjournalisten: 18. bis 29. Juni 2018

Copyright für alle Fragen und Ergebnisse Dr. Doebelin Ges. für Wirtschaftsforschung mbH 2018